

Amtliche Veröffentlichung

Behörde	Titel	Fundstelle
Umweltbundesamt	Bekanntmachung der Allgemeinverfügungen zur Einstufung einer Stoffgruppe gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom: 18.01.2024 Umweltbundesamt BAnz AT 28.02.2024 B9	BAnz AT 28.02.2024 B9

Umweltbundesamt

Bekanntmachung der Allgemeinverfügungen zur Einstufung einer Stoffgruppe gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Vom 18. Januar 2024

Gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) gibt das Umweltbundesamt seine Entscheidungen über die Einstufung von Stoffen und Stoffgruppen nach § 6 Absatz 1 und 2 AwSV sowie über die Änderung von Einstufungen von Stoffen und Stoffgruppen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 und 2 AwSV im Bundesanzeiger öffentlich bekannt.

§ 7 Absatz 2 AwSV über die Mitteilungspflichten bleibt davon unberührt.

I.

Allgemeinverfügungen

Das Umweltbundesamt erlässt folgende Allgemeinverfügungen:

- Die Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ wird unter der Kenn-Nummer 2027 in die Wassergefährdungsklasse (WGK) 3 eingestuft.
- Die bisherige Einstufung des Stoffes „Natriumthioglykolat“ unter der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 1 vom 1. August 2017 wird für die Zukunft zurückgenommen. Der Stoff wird zukünftig unter der Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ mit der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 3 eingestuft.

Die bisherige Einstufung des Stoffes „Ammoniumthioglykolat“ unter der Kenn-Nummer 5245 in die WGK 1 vom 1. August 2017 wird für die Zukunft zurückgenommen. Der Stoff wird zukünftig unter der Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ mit der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 3 eingestuft.

Die bisherige Einstufung des Stoffes „Kaliumthioglykolat“ unter der Kenn-Nummer 2028 in die WGK 1 vom 1. August 2017 wird für die Zukunft zurückgenommen. Der Stoff wird zukünftig unter der Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ mit der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 3 eingestuft.

Die bisherige Einstufung des Stoffes „Calciumthioglykolat-Trihydrat“ unter der Kenn-Nummer 2008 in die WGK 1 vom 1. August 2017 wird für die Zukunft zurückgenommen. Der Stoff wird zukünftig unter der Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ mit der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 3 eingestuft.

Die bisherige Einstufung des Stoffes „Thioglykolsäure“ unter der Kenn-Nummer 485 in die WGK 1 vom 1. August 2017 wird für die Zukunft zurückgenommen. Der Stoff wird zukünftig unter der Stoffgruppe „Thioglykolsäure und deren Ammonium-, Alkali- und Erdalkalisalze sowie Hydrate“ mit der Kenn-Nummer 2027 in die WGK 3 eingestuft.

Sachverhalt:

Das Umweltbundesamt hat die oben genannte Stoffgruppe von Amts wegen bewertet und eingestuft.

Begründung:

- Die Einstufungsentscheidung der oben genannten Stoffgruppe beruht auf § 6 Absatz 2 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 Satz 1 AwSV. Danach hat das Umweltbundesamt die Befugnis, von Amts wegen über die Einstufung von Stoffen und Stoffgruppen neu zu entscheiden und erforderlichenfalls eine Änderung der bisherigen Einstufung vorzunehmen. Diese Einstufungsentscheidung gibt das Umweltbundesamt sodann im Bundesanzeiger öffentlich bekannt, § 7 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 4 Satz 1 AwSV.

Die Einstufung erfolgt auf Basis folgender Daten oder Erkenntnisse:

	Gefahrenhinweise oder Prüfergebnisse	Vorsorge- und Bewertungspunkte
Säugetiertoxizität	H301, H312, H361f, H373	7

	Gefahrenhinweise oder Prüfergebnisse	Vorsorge- und Bewertungspunkte
Umweltgefährlichkeit	H412	4
- akute aquatische Toxizität	$1 < EC_{50} \leq 10 \text{ mg/l}$	
- chronische aquatische Toxizität	NOEC $\leq 1 \text{ mg/l}$	
- Nachweis zur leichten biologischen Abbaubarkeit	ja	
- Nachweis zum Ausschluss des Bioakkumulationspotenzials	ja	

Es wird angemerkt, dass die Einstufungsentscheidungen mit Bekanntgabe im Bundesanzeiger zusätzlich über die Internetseite <https://webrigoletto.uba.de/rigoletto/> recherchierbar sind.

2. Die Rücknahme der bisherigen Einstufung der oben genannten Stoffe beruht auf § 48 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG).

Die in Nummer 1 aufgeführten neuen Erkenntnisse zu den oben genannten Stoffen haben dazu geführt, dass wir die Stoffe nunmehr in die WGK 3 einstufen. Die bisherige Einstufung in die WGK 1 ist damit rechtswidrig geworden. Die neuen Erkenntnisse haben eine Veränderung der Sachlage in Hinblick auf das Gefährlichkeitspotenzial der oben genannten Stoffe und damit auf die Wassergefährdungsklasse bewirkt. Dieser Umstand führt zur Rechtswidrigkeit der bisherigen Einstufungsentscheidung, auch wenn diese anfänglich rechtmäßig war, da es sich bei einer Einstufungsentscheidung um einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung handelt.

Die bisherige Einstufungsentscheidung ist auch belastender Natur, da sich aus ihr spezifische anlagenbezogene Pflichten der Anlagenbetreiber ergeben. Der Vertrauensschutzgedanke des § 48 Absatz 3 VwVfG greift nicht. Anlagenbetreiber können, wegen der Regelungen des § 7 AwSV zur Änderung bestehender Einstufungen des Umweltbundesamtes und Mitteilungspflichten der Anlagenbetreiber, auf den Bestand von Einstufungen nicht vertrauen.

Als Rechtsfolge ist die bisherige Einstufungsentscheidung aufzuheben. Es liegt eine Ermessensreduzierung auf null vor. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Einstufungsentscheidung ist schlechthin unerträglich, da ihre Rechtswidrigkeit mit Erlass und Bekanntmachung der neuen Entscheidung zur Änderung der Einstufung für jedermann offensichtlich ist.

Die bisherige Einstufungsentscheidung kann zudem nur für die Zukunft (ex nunc) zurückgenommen werden, da es sich um einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung handelt. Maßgeblicher Zeitpunkt ist damit das Wirksamwerden der Rücknahmeentscheidung durch öffentliche Bekanntgabe im Bundesanzeiger, § 43 Absatz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 1, 3 VwVfG.

II.

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung der in Abschnitt I verfügten Allgemeinverfügungen wird gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.

Begründung:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung war im öffentlichen Interesse erforderlich. Die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe hat unmittelbare Auswirkungen auf die Errichtung und den Betrieb von zulassungspflichtigen Anlagen. Daher ist im Sinne von Rechtssicherheit und -klarheit das öffentliche Interesse zu bejahen. Überdies dient die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe gemäß § 1 Absatz 1 AwSV dem Schutz der Gewässer vor nachteiligen Veränderungen ihrer Eigenschaften durch Freisetzungen von wassergefährdenden Stoffen aus Anlagen zum Umgang mit diesen Stoffen. Durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung werden die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt. Somit dient die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe dem effektiven Gesundheits-, Umwelt- und Ressourcenschutz und somit dem Schutz der Allgemeinheit. Das öffentliche Interesse, die Einstufung für sofort vollziehbar zu erklären, war somit höher zu bewerten als das Interesse an einer aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs. Ein mögliches Rechtsbehelfsverfahren und ein sich mitunter anschließendes Klage- und Berufungsverfahren können sich über mehrere Jahre hinziehen, sodass der effektive Schutz der vorgenannten Rechtsgüter ohne Sofortvollzug nicht gewährleistet werden kann. Daher hat die sofortige Vollziehung ausnahmsweise Vorrang vor dem Abwarten bis zur Unanfechtbarkeit unserer Verfügung.

Auf Grund der Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ein Widerspruch oder eine Klage gegen die Allgemeinverfügungen keine aufschiebende Wirkung.

III.

Bekanntgabe

Die Allgemeinverfügungen werden mit Bekanntgabe wirksam. Die Bekanntgabe erfolgt am 15. Tag nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger, § 41 Absatz 4 Satz 3 VwVfG.

IV.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Allgemeinverfügungen kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Umweltbundesamt mit Sitz in Dessau-Roßlau eingelegt werden.

Dessau-Roßlau, den 18. Januar 2024

Umweltbundesamt

Im Auftrag
Süßmilch

